

«Initiative schafft grosse Probleme»

Mit der Atomausstiegsinitiative müssten schon 2017 drei AKW vom Netz. Da es nicht möglich ist, den wegfallenden Strom rasch genug mit einheimischen erneuerbaren Energien zu ersetzen, gäbe es mehr Importe von Kohlestrom aus dem Ausland.

BERN/DÖTTINGEN (ed) – Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative darum klar ab, wie Energieministerin Doris Leuthard im Interview mit der «Botschaft» erläutert. Sie setzt sich ohne Wenn und Aber für ein Nein zur der am 27. November 2016 zur Abstimmung gelangenden Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)» ein.

Frau Bundesrätin Doris Leuthard, die Umfragen sprechen nach wie vor eher von einem Ja zum Volksbegehren. Welche Argumente gegen den Ausstieg kommen bei der Meinungsbildung aus Ihrer Sicht zu kurz?

Der Ausstieg aus der Kernenergie ist aufgegleist. Wir müssen das aber schrittweise tun. Mit dem ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 haben Bundesrat und Parlament den Bau neuer Kernkraftwerke verboten. Die bestehenden sollen aber laufen, solange sie sicher sind. Das gibt uns die für den Umbau der Energieversorgung nötige Zeit. Was nützt uns das Abstellen von drei Atomkraftwerken bereits nächstes Jahr, wenn wir den wegfallenden Strom so kurzfristig nicht durch einheimische Energie ersetzen können? Wir gefährden so ohne Not unsere Versorgungssicherheit, erhöhen unsere Abhängigkeit vom Ausland und nehmen in Kauf, dass zusätzlich umweltschädlicher Strom aus ausländischen Kohle-, Gas- und Atomkraftwerken importiert wird. Das kann doch nicht die Idee sein.

Erstaunt es Sie nicht, dass ökologische Aspekte wie die Art des künftig erforderlichen Stroms praktisch ausgeblendet werden? Die Initianten behaupten sogar, mit der Initiative werde die Schweizer Stromversorgung grüner.

Die Initiative weckt falsche Hoffnungen. Fakt ist: Bei einer überstürzten Abschaltung von drei Atomkraftwerken im nächsten Jahr müssten wir mehr Strom aus dem Ausland importieren, weil wir nicht genug einheimische Energien zur Verfügung haben. Diese machen derzeit rund 4,5 Prozent aus neben der Wasserkraft. Insbesondere im Winter reicht unsere Produktion schon seit Jahren nicht mehr aus, um unseren Verbrauch zu decken. Bewilligung, Finanzierung und Bau von Wasser-, Wind- und Solaranlagen brauchen Zeit. Das geht nicht über Nacht. Zahlreiche Projekte sind durch Einsprachen blockiert – auch durch Beschwerden der Umweltverbände. Dazu kommt: Für die Stärkung der Erneuerbaren brauchen wir genug Fördermittel und diese kommen ja erst mit der Energiestrategie 2050, die frühestens 2018 in Kraft ist. Die Initianten blenden zudem aus, dass die Versorgungsunternehmen und die grossen Stromverbraucher, die sich im freien Markt bewegen dürfen, an der Strombörse erfahrungsgemäss den billigsten Strom einkaufen. Das ist Kohlestrom.

Grosser Streitpunkt ist die künftige Versorgungssicherheit. Wie lautet Ihre Prognose?

In Europa hat es derzeit genug Strom. Aber um den durch die Abschaltung der drei AKW wegfallenden Strom dauerhaft mit Importen zu kompensieren, braucht es genug starke Netze und Transformatoren, um den Strom auf die 220-Kilovolt-Ebene zu bringen. Für Mühleberg ist das so rasch nicht möglich. Damit nimmt das Risiko für Netzinstabilitäten zu. Auch das zeigt: Wir brauchen Zeit, um unsere Energieversorgung umzubauen. Mit Hauruckübungen ist niemandem gedient. Es geht eben nicht nur um einzelne Kraftwerke, sondern auch um den Energieverbrauch und um die Stromnetze. Das geht nicht von heute auf morgen und es muss für unser Land, unsere Wirtschaft und die Haushalte auch bezahlbar sein. Die Energiestrategie 2050 ist aufgegleist, sie geht Hand in Hand mit dem Aufbau der Netze und der Erneuerbaren in der Schweiz und ist darum die bessere Lösung.

Nachgehakt: Zwei Werke vor unserer Haustüre stehen derzeit still und nirgends flackern die Lampen.

Kurzfristige Ausfälle von Kraftwerken kann man «auffangen». Dafür sorgt die Netzbetreiberin Swissgrid. Wenn so eine Situation aber länger andauert, kann dies zu technischen Problemen führen, z.B. wenn es einen sehr kalten Winter gibt oder wenn es zu weiteren unvorhergesehenen Ereignissen kommt, etwa Sturmschäden an Leitungen. Leibstadt produziert zudem auf der gleichen Spannungsebene wie der Grossteil der Importe. Es braucht also keine Transformatoren. Für Mühleberg, das bereits 2017 abgeschaltet werden müsste, braucht es aber einen Transformator und dieser ist wie erwähnt bis im nächsten Jahr nicht parat. Dazu kommt: Bei der Initiative reden wir über einen Dauerzustand, nicht von einer Ausnahmesituation.

Relativ locker wird von Importmöglichkeiten gesprochen. Bestehen in der Tat tragende Übereinkommen respektive Verträge? Sie stehen ja ständig in internationalen Kontakten.

Die Versorgungsunternehmen und die grossen Stromverbraucher kaufen den Strom an den Strombörsen ein, die Preise bilden sich nach Angebot und Nachfrage im europäischen Markt. Es handelt sich dabei um privatwirtschaftliche Kaufverträge, es gibt keine staatlichen Übereinkommen zur Stromversorgung der Schweiz. Zu bedenken ist auch, dass es bei weiteren Importen schwierig sein dürfte, dereinst wieder auf Schweizer Strom zu setzen, der teurer ist.

Gibt es Studien zu volkswirtschaftlichen Konsequenzen mit zweifelsohne starker Betroffenheit just im Einzugsgebiet der «Botschaft»?

Wenn die Atomkraftwerke stillgelegt werden, geht ein Teil der bisherigen Ar-



Bundesrätin Doris Leuthard nimmt zur Atomausstiegsinitiative Stellung.

beitsplätze in diesen Anlagen verloren. Für die Dauer der Stilllegung, die gegen 15 Jahre andauert, braucht es aber sicher noch einen guten Teil des Personals, bis die Kraftwerke schliesslich ganz rückgebaut sind. Bei Annahme der Initiative kann die Stilllegung nicht vorbereitet werden, entsprechend kann auch keine frühzeitige Personalplanung erfolgen, was wohl grosse Unsicherheit verursachen wird.

Ausstiegsbefürworter sprechen von Tausenden von neuen Arbeitsplätzen im Ausgleich zum Verlust vor Ort.

Mit dem Umbau der Stromversorgung werden neue Arbeitsplätze entstehen. Doch für die angestrebte Stärkung der erneuerbaren Energien brauchen wir genug Fördermittel und diese kommen erst mit der Energiestrategie 2050, die noch nicht in Kraft ist. Die Studie der Initianten rechnet diese Unterstützung aber bereits mit ein. Sie basiert zudem z.B. auf einem starken Ausbau der Windkraft, obwohl zahlreiche konkrete Projekte just von Umweltverbänden bekämpft werden. Dazu kommt: Da ein überstürzter Ausstieg zunächst zu deutlich mehr Stromimporten führt, geht Wertschöpfung ins Ausland ab.

Mit dem Etikett «alt» will man Beznau und Mühleberg bereits 2017 den Garaus machen. Können Sie in Ihrer politischen Verantwortung mit dem Risiko des längerfristigen Betriebs ruhig schlafen?

ist eine vorab politisch motivierte Forderung. Damit werden die Spielregeln grundlegend geändert. Weil die Betreiber so Investitionen nicht mehr amortisieren könnten, die sie im Vertrauen auf das geltende Recht und gestützt auf ihre heutigen unbefristeten Betriebsbewilligungen getätigt haben, würden Entschädigungsklagen kommen, die letztlich vom Steuerzahler zu zahlen wären.

Das ENSI (Nuklearaufsicht im Auftrag des Bundes) geniesst Ihr volles Vertrauen als Instanz zur Beurteilung der sicheren Betriebsführung.

Das ENSI geniesst international ein hohes Ansehen. Es lässt sich und seine Arbeit regelmässig von internationalen Experten-Teams genauestens überprüfen. Und es hat bisher immer sehr gute Noten erhalten. Wir haben zudem mit der Kommission für nukleare Sicherheit KNS noch ein zweites Aufsichtsorgan, das dem ENSI auf die Finger schaut.

In einem Jahr würden in Beznau zwei Reaktoren stillstehen und dies ohne genügend Vorlaufzeit. Öffnet sich da allenfalls ein Hintertürchen mit Fristverlängerung?

Der Text der Initiative, insbesondere der Übergangsbestimmungen, ist glasklar. Da gibt es kein Hintertürchen und keinen Spielraum für irgendwelche Deals zu den Fristen. Nach 45 Jahren wäre unabhängig von anderen Faktoren Schluss.

Die letzte Frage liegt auf der Hand: Einerseits stehen Sie im Grundsatz zum Ausstieg aus der Kernenergie. Mit der aktuellen Ausstiegsinitiative haben Sie ganz offenkundig nichts am Freiämter Strom-Hut?

Bundesrat und Parlament haben mit der Energiestrategie klar entschieden: Es dürfen keine neuen AKW gebaut werden. Es gibt in der Schweiz ja auch niemanden mehr, der in so ein Projekt investieren würde, da es zu teuer ist. Die Betreiber haben ihre Gesuche kürzlich zurückgezogen. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren. Der von Bundesrat und Parlament beschlossene Weg mit der Energiestrategie 2050 sorgt für einen Ausstieg aus der Kernenergie, der mit Ausbau der erneuerbaren Energien Schritt hält. Die Initiative schafft dagegen grosse Probleme: Mit einem übereilten Ausstieg und forcierten Stromimporten ist unserem Land nicht gedient.

Frau Bundesrätin, wir danken Ihnen für die Beantwortung unserer Fragen.